



Demokratie im Ausnahmezustand

Israel nach den Wahlen

EDITORIAL

Wenn Bürger demokratischer Staaten Krieg ablehnen, zum einen weil die materiellen und menschlichen Kosten dafür zu hoch sind, zum anderen weil moralische Bedenken bestehen: Warum machen israelische Wähler Ariel Sharon zu ihrem Premierminister?

Nicht erst seit der Al Aqsa-Intifada ist Sharon für seinen harten Kurs bekannt. Amram Mitzna, sein Gegner in den letzten Wahlen, ist dagegen zu Friedensverhandlungen mit den Palästinensern bereit. Unter welchen Voraussetzungen sind militärische Mittel also in dieser Demokratie mehrheitsfähig?

Claudia Baumgart beleuchtet die innenpolitische Situation Israels unter dem Eindruck des Terrors. Im permanenten Ausnahmezustand schwinden moralische Einwände und militärische Aktionen werden zu Maßnahmen der Selbstverteidigung erklärt. Auch institutionelle Hemmnisse, die in einer Demokratie gewaltsame Auseinandersetzungen aufhalten sollen, sind geschwächt. Radikale Parteien verzeichnen Zuläufe und haben auf Grund des Wahlsystems überproportional große Macht.

Auch wenn es kein Patentrezept für die Konfliktlösung im Nahen Osten geben kann, regt die Autorin Reformen und Maßnahmen an, die dem Friedensprozess zumindest zu neuem Schwung verhelfen könnten. Zu ihrer Umsetzung ist auch das Engagement internationaler Akteure gefragt. Nur mit ihrer Unterstützung haben gemäßigte Kräfte in Israel eine Chance, sich durchzusetzen. *Marlar Kin*



Rechtsgerichtete israelische Demonstranten verbrennen bei einer Kundgebung in Jerusalem ein Bild des Palästinenserpräsidenten Arafat. Die Demonstration war eine Reaktion auf einen Bombenanschlag am Nachmittag auf einen jüdischen Siedler-Schulbus. Bild: dpa

Claudia Baumgart

Ariel Scharon und sein Likud-Block errangen bei den israelischen Parlamentswahlen Ende Januar einen beeindruckenden Wahlerfolg. Die konservative Partei, die im Konflikt mit den Palästinensern eine konfrontative Linie vertritt, eroberte 38 der insgesamt 120 Sitze in der Knesset und stellt damit die stärkste Fraktion. Zwei weitere Sitze kamen durch die Fusion mit der Einwandererpartei Yisrael B'Aliya hinzu. Bei den Wahlen 1999 hatte sich der Likud noch mit 19 Sitzen zufrieden geben müssen. Ein persönlicher Erfolg auch für den Premierminister – ist er doch seit den 80er Jahren der erste Regierungschef, der vom Präsidenten für eine zweite Amtszeit mit der Regierungsbildung beauftragt wurde. Weder die aufgedeckten Fälle von Korruption in der

Partei, noch die bisher ungeklärte Spendenaffäre rund um den Premierminister und seine beiden Söhne konnten Likud den Erfolg vereiteln. Nach zähen Verhandlungen stellte Scharon Ende Februar schließlich seine neue Regierungsmannschaft vor: Statt der von ihm gewünschten „Regierung der nationalen Einheit“ unter Beteiligung von Likud und Arbeitspartei hat nun eine Mitte-Rechts-Koalition aus Likud, Schinui, National-religiöser Partei und Nationaler Union die Regierungsgeschäfte übernommen.

Die Wahl hat gezeigt, dass Scharon für seinen Kurs der militärischen Härte gegenüber den Palästinensern auf breite Zustimmung aus der israelisch-jüdischen Bevölkerung zählen kann. Ein Ergebnis, das Rätsel aufgibt: Warum wählen die Bürger einer Demokratie einen Hardliner wie Scharon, dessen Politik die Gewaltspirale immer weiterdreht, und nicht Amram Mitzna, den

zu Verhandlungen bereiten Kandidaten der Arbeitspartei?

Um dieser Frage nachzugehen, sollen zunächst das Wahlergebnis und die Koalitionsverhandlungen näher in den Blick genommen werden. Trotz drängender innenpolitischer Probleme ist der Konflikt mit den Palästinensern nach wie vor das wahlentscheidende Thema in Israel. Eine kurzfristige Rückschau auf das Vorgehen der Sharon-Regierung während der Al Aqsa-Intifada macht deutlich, welche Art von Politik die Wähler mehrheitlich unterstützen. Unter dem Eindruck wiederkehrender Wellen terroristischer Gewalt ist die Bereitschaft gesunken, sich erneut auf Verhandlungen mit den Palästinensern einzulassen. Dieser dramatische Wandel in der öffentlichen Meinung begünstigt Sharons Politik der militärischen Vergeltung. Erschwerend kommt hinzu, dass dem Regierungskurs kaum Widerstand aus den politischen Institutionen erwächst.

Wahlsieg für die „Falken“

Während der Likud die Anzahl seiner Sitze in der Knesset verdoppeln konnte, musste die gemäßigte Arbeitspartei Avoda unter der Führung von Amram Mitzna eine herbe Niederlage einstecken. Die Partei, die wäh-

rend der ersten Jahrzehnte nach der Staatsgründung die unangefochtene Führungsrolle einnahm, ist auf einem historischen Tiefstand angelangt: Von 25 Sitzen in der letzten Knesset ist sie auf 19 Mandate abgerutscht. Damit haben die israelischen Wähler gerade jene Partei abgestraft, die unter der Führung Yitzhak Rabins federführend bei der Aushandlung und Unterzeichnung der Osloer Friedensverträge im Jahr 1993 war. Im Gefüge der israelischen Parteienlandschaft ist offensichtlich einiges in Bewegung geraten – und diese Bewegung zielt eindeutig nach rechts.

Der Stimmungswandel in der israelischen Wählerschaft stimmt nachdenklich, zumal sich die Unterscheidung zwischen links und rechts in Israel nicht vorrangig auf Fragen der wirtschaftlichen und sozialen Ausgestaltung des Gemeinwesens bezieht, wie wir es aus dem europäischen Kontext gewohnt sind. Seit dem Sechs-Tage-Krieg von 1967, als Israel den Gaza-Streifen, das Westjordanland, den Sinai und die Golanhöhen besetzte, bezeichnen die Begriffe links und rechts vor allem die politischen Positionen in der Debatte um den Umgang mit den besetzten Gebieten.

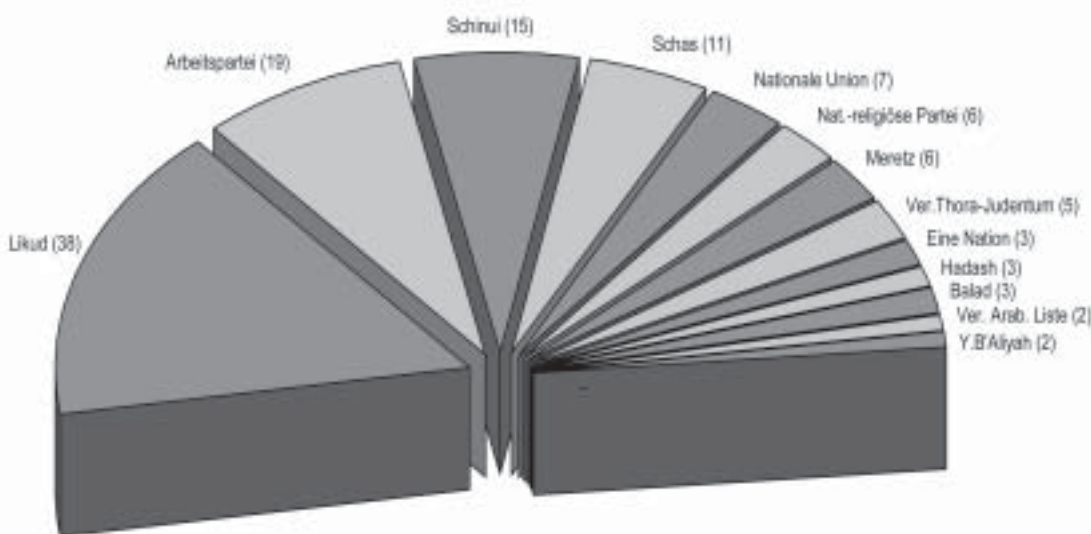
Die „Falken“ auf der Rechten treten für einen konfrontativen Kurs mit den Palästinensern ein und sind nur sehr bedingt zu Zugeständnissen bereit. Sie stehen den Forderungen nach nationaler Selbstbestim-

mung seitens der Palästinenser weitgehend ablehnend gegenüber. Die Position der „Tauben“ auf der Linken kann mit der prägnanten Formel „Land für Frieden“ beschrieben werden. Sie streben Verhandlungen mit der anderen Seite an und sind zu Konzessionen bereit, die sich an der Idee eines palästinensischen Staates in den Grenzen von 1967 orientieren. Innerhalb dieser grob gezeichneten Lager gibt es natürlich erhebliche Abstufungen im Hinblick auf die konkreten politischen Visionen und Forderungen, zumal sich die Unterteilung in Falken und Tauben teils quer durch einzelne Parteien zieht. So besteht beispielsweise innerhalb der Arbeitspartei ein starker Falken-Flügel um den ehemaligen Verteidigungsminister Benjamin Ben-Eliezer, der sich in vielen Punkten von den Falken im Likud unterscheidet. Mit der Wahl Mitznas zum Spitzenkandidaten machte die Basis der Arbeitspartei jedoch deutlich, dass sie sich eine Stärkung der Tauben-Positionen innerhalb der Partei wünscht, um sich von der Politik des Likud noch stärker abzusetzen.

In der Gesamtbevölkerung verliert das auf Verhandlungen mit den Palästinensern setzende Friedenslager jedoch immer mehr an Rückhalt. Diese Tendenz spiegelt sich in den Ergebnissen der Parteien mittlerer Größe wider, Meretz und Schinui. Meretz, eine dem linken Spektrum angehörende Partei, die in der Auseinandersetzung mit den Palästinensern den Verhandlungsweg gehen will,

musste den Verlust von vier Sitzen hinnehmen und entsendet nur noch sechs Parlamentarier in die neue Knesset. Einen überwältigenden Erfolg konnte dagegen Schinui für sich verbuchen: Sie gewann 15 Sitze, neun mehr als bei den Parlamentswahlen 1999. Die im Zentrum angesiedelte, liberale Partei hat sich das Ziel der völligen Trennung von Staat und Religion auf ihre Fahnen geschrieben. Der Konflikt mit den Palästinensern und der Friedensprozess sind für Schinui eher zweitrangig. Zwar hat sie ihre generelle Unterstüt-

Verteilung der Sitze in der Knesset (Wahl 2003)



Graphik: Martin Ivanov

zung des Friedensprozesses erklärt. Die Partei fordert in ihrem Programm den Abbau einzelner, zerstreuter jüdischer Siedlungen in den palästinensischen Gebieten. Doch ansonsten besteht die Kompromissbereitschaft Schinuis hauptsächlich auf dem Papier. Die größeren Siedlungsblöcke will die Partei halten und in die Grenzen Israels integrieren. Wie Likud lehnt auch Schinui den Präsidenten der Palästinensischen Autonomiebehörde, Yassir Arafat, als Verhandlungspartner ab. Man ist bereit, mit moderaten Palästinensern zu verhandeln, jedoch nur, wenn zuvor der Terror beendet wird. Einen palästinensischen Staat unterstützt Schinui unter der Bedingung, dass die Palästinenser das Recht auf Rückkehr der Flüchtlinge aufgeben.

Die Prämissen Schinuis ähneln den Vorgaben Scharons, die er in seiner programmatischen Rede auf der Sicherheitskonferenz in Herzliya im Dezember 2002 referierte. In dieser Rede stimmte Scharon im Prinzip einer Zwei-Staaten-Lösung zu, wie US-Präsident George W. Bush sie im Juni 2002 vorgezeichnet hatte. Der Weg zu einem Friedensabkommen könne aber nur phasenweise gegangen werden, so der Premierminister. Zunächst müsse als unabdingbare Voraussetzung der Terror gegen Israel aufhören. Um dieses Ziel zu erreichen, fordert Scharon eine tiefgreifende Reform der Palästinensischen Autonomiebehörde. Arafat, den Scharon persönlich für die Terrorakte verantwortlich macht, soll durch eine neue, moderate politische Führung ersetzt werden. Phase Zwei sieht dann die Etablierung eines palästinensischen Staates vor – jedoch nur in Teilen des Territoriums in der Westbank und im Gazastreifen, während sogenannte Sicherheitszonen ebenso wie die Grenzen und der Luftraum weiterhin vom israelischen Militär kontrolliert werden. Dieser palästinensische Staat soll nach Scharons Vorstellung vollständig entmilitarisiert sein, lediglich über polizeiliche Sicherheitskräfte verfügen und keine Allianzen mit „Feinden Israels“ eingehen dürfen. Was Scharon Staat nennt, ist faktisch also lediglich eine funktionale, auf zivile Aufgaben beschränkte Autonomie unter der Kontrolle Israels. In der dritten und letzten Phase sollen schließlich die Grenzen endgültig festgelegt werden – wo diese jedoch liegen werden, lässt Scharon bislang offen.

Neben Likud und Schinui gehören auch

die Parteien am rechten Rand zu den Gewinnern der Wahlen. Zulegen konnte dort insbesondere die Nationale Union, die den Oslo-Friedensprozess für tot erklärt hat und die Errichtung eines Groß-Israel einschließlich des Westjordanlands und des Gaza-Streifens anstrebt. Die Partei tritt zudem für den „Transfer“ der Palästinenser in die arabischen Nachbarländer ein. Zu diesem Zweck will sie die Lebensbedingungen der palästinensischen Bevölkerung gezielt verschlechtern, damit diese von sich aus das Land verlässt. Die Nationale Union erhielt sieben statt der bisherigen vier Sitze in der Knesset.

Insgesamt schafften 13 Parteien den Sprung über die Sperrklausel von 1,5 Prozent in das neue Parlament. Das Spektrum umfasst so unterschiedliche Gruppierungen wie die arabischen Parteien Hadash (3 Sitze) und Balad (3), die Ultra-Orthodoxen Schas (11) und Vereinigtes Thora-Judentum (5) und das rechts-nationale Lager mit Nationaler Union (7) und National-religiöser Partei (6). Letztere gilt als politischer Arm der radikalen, religiösen Siedlerbewegung in den besetzten Gebieten.

Wahl gewonnen, Koalitionspartner gesucht

Sofort nach Bekanntwerden der ersten Hochrechnungen begann der schwierige Poker um die Bildung einer mehrheitsfähigen Koalition. Mitzna bekräftigte sein „Nein“ aus dem Wahlkampf zu einer Beteiligung seiner Partei an einer Regierung unter der Ägide Scharons. Bis zum Bruch der Koalition im vergangenen Herbst hatte die Arbeitspartei unter der Führung des damaligen Verteidigungsministers Benjamin Ben-Eliezer gemeinsam mit dem Likud regiert. Kritiker warfen der Arbeitspartei vor, durch ihre Regierungsbeteiligung als Feigenblatt für den militärischen Kurs Scharons zu dienen. Diesem Vorwurf wollte sich die Partei nicht noch einmal aussetzen. Die Bevölkerung habe sie in die Opposition gewählt, deshalb wolle man diese Rolle nun auch einnehmen und eine alternative Politik zur Regierung vertreten, betonte der neue Parteichef Mitzna nach den Wahlen. Josef Lapid, der Führer von Schinui, forderte Mitzna auf, sich trotz dieser Bedenken einer Koalition der „nationalen Einheit“ ge-

Die Parteien in der Knesset

Die Parteien am rechten Rand, die gegen den Friedensprozess argumentieren:

- Nationale Union
- National-Religiöse Partei

Die religiösen Parteien der orthodoxen Juden, denen es vor allem um die Erhaltung des jüdischen Charakters Israels geht (z.B. religiöse Gesetzgebung):

- Schas
- Vereinigtes Thora-Judentum

Parteien der konservativen Mitte:

- Likud, vereinigt mit der Einwandererpartei Yisrael b'Aliyah
- Schinui

Parteien des linken Spektrums, die für den Friedensprozess eintreten und soziale Themen voranbringen wollen:

- Arbeitspartei
- Meretz
- Eine Nation (gewerkschaftsnah)

Arabische Parteien:

- Vereinigte Arabische Liste
- Hadash
- Balad

meinsam mit Schinui anzuschließen. Denn die Vorstellung, mit den Religiösen auf der Regierungsbank zu sitzen, behagte der säkularen Partei Schinui überhaupt nicht. Auch Scharon wollte eine enge und instabile Koalition mit den kleinen Parteien aus dem rechten, nationalistischen oder religiösen Lager möglichst vermeiden. Denn Israel steht vor immensen Herausforderungen, für die der Premierminister gerne eine breite Koalition hinter sich gewusst hätte. Zusätzlich zum eskalierenden Konflikt mit den Palästinensern hat das Land mit erheblichen innenpolitischen Problemen zu kämpfen. Nicht zuletzt hat die Intifada die israelische Wirtschaft in eine schwere Krise gestürzt. Rückläufige Investitionen, massive Einbußen in der Tourismus-Branche und die fehlenden Arbeitskräfte aus den palästinensischen Gebieten schlagen negativ zu Buche.

Doch Mitzna und die Arbeitspartei blieben standhaft, obwohl das Für und Wider einer Regierungsbeteiligung intern kontrovers diskutiert wurde. Scharon musste von seinem Wunschtraum einer neuerlichen Regierung der „nationalen Einheit“ Abschied nehmen. Aus den Verhandlungen ging schließlich eine Mitte-Rechts-Koalition hervor, bestehend aus Schinui, Likud, National-Religiöser Partei und Nationaler Union. Mit den beiden zuletzt genannten Parteien hat sich Scharon Partner in die Koalition geholt, mit denen eine Annäherung im israelisch-palästinensischen Konflikt so gut wie aussichtslos ist.

Scharons militärischer Kurs

Eine Rückschau auf die Politik der Regierung in den vergangenen zwei Jahren macht deutlich, für welche Art von Umgang mit den Palästinensern sich viele Israelis bei ihrer Stimmabgabe für den Likud entschieden haben. Die erste Amtszeit Scharons fällt zusammen mit der zweiten Intifada, dem gewaltsamen Aufstand der Palästinenser gegen die Besatzung. Am Ausbruch der Intifada hatte Scharon selbst einigen Anteil mit seinem umstrittenen Besuch auf dem Tempelberg in Jerusalem im September 2000 – damals noch als Oppositionsführer. Doch die Intifada lässt sich nicht allein auf diese Provokation Scharons zurückführen. Vielmehr ist es die tief sitzende Frustration

der Palästinenser über das Scheitern des Friedensprozesses seit den Osloer Verträgen, die ihr Ventil mehr und mehr in der Gewalt sucht. Die an Oslo geknüpften Hoffnungen auf einen eigenen Staat und einen dauerhaften Frieden sind nicht erfüllt worden. Anstatt im eigenen Staat leben die Palästinenser weiterhin unter den Bedingungen der militärischen Besatzung, in einem geographisch zerstückelten und von jüdischen Siedlungen, Transitstraßen und militärischen Checkpoints durchzogenen Territorium. Die Verhandlungen über die zentralen Fragen des Konflikts wurden im Osloer Vertragswerk von 1993 weit nach hinten verschoben: die zukünftigen Grenzen eines Staates Palästina, der Status Jerusalems, die jüdischen Siedlungen und das Recht auf Rückkehr der palästinensischen Flüchtlinge sollten 1996, nach einer Interimsphase, zum Gegenstand der Verhandlungen werden. Doch erst in Camp David im Jahr 2000 kamen diese zentralen Konfliktpunkte bei den Gesprächen zwischen Yassir Arafat und Ehud Barak auf den Tisch. Barak war zu weitgehenden Zugeständnissen in den Endstatus-Fragen bereit, wie sie vor ihm noch kein Premierminister angeboten hatte. Dennoch scheiterten sowohl der Gipfel als auch die späteren Verhandlungen in Taba, weil die Angebote Baraks aus palästinensischer Perspektive keineswegs als so großzügig erschienen, wie sie in Israel empfunden wurden. Eine neuerliche Verschärfung des Konflikts schien unausweichlich.

Mit seiner Duldung der Eruption terroristischer Gewalt seit Oktober 2000 hat Arafat die Chance vertan, das israelische Friedenslager von der Vertrauenswürdigkeit der palästinensischen Verhandlungspartner zu überzeugen. Vor allem die Selbstmordattentate treffen die israelische Gesellschaft ins Mark, weil es bislang nicht gelungen ist, ihnen mit den konventionellen militärischen Mitteln Einhalt zu gebieten. Gegenüber den jugendlichen Palästinensern, die als vermeintliche Märtyrer sich und viele ihrer Opfer auf grausame Weise in den Tod reißen und ein ganzes Land paralisieren, erscheinen israelische Panzer, Bulldozer und Kampfflugzeuge seltsam ohnmächtig.

Dennoch war es gerade die militärische Option, auf welche die Regierung Scharon in ihrer ersten Amtszeit in massiver Weise setzte, um dem Terror ein Ende zu bereiten. Viele Operationen der israelischen Ar-

mee richteten sich gezielt gegen die politische und zivile Infrastruktur in den palästinensischen Gebieten. So wurden Gebäude der Palästinensischen Autonomiebehörde wie Ministerien und Polizeistationen aus der Luft beschossen und zerstört. Militärbulldozer wälzten den mit internationaler Hilfe, unter anderem mit EU-Mitteln gebauten Flughafen in Gaza nieder. Rundfunk- und Fernsehstationen wurden dem Erdboden gleich gemacht. Die Fernsehbilder von Arafat im Kerzenschein in seinem von Panzern belagerten Hauptquartier in Ramallah, ohne Strom und Wasser, sind noch in deutlicher Erinnerung.

Das massive Eingreifen des israelischen Militärs hat die Aufbauleistungen im Westjordanland und im Gazastreifen während der 90er Jahre, die trotz Misswirtschaft und Korruption in der Autonomiebehörde die wirtschaftliche Situation und den Lebensstandard erheblich verbessert hatten, zunichte gemacht. Die Regierungsfähigkeit und der Handlungsspielraum der Autonomiebehörde sind durch diese Entwicklungen drastisch reduziert worden.

Zugleich haben die Militäraktionen dazu beigetragen, dass die Unterstützung der palästinensischen Bevölkerung für Arafat zumindest kurzfristig wieder deutlich anstieg – man solidarisierte sich mit der moralischen Führerpersönlichkeit des palästinensischen Befreiungskampfes, auch wenn viele Palästinenser der Institution Autonomiebehörde eher kritisch gegenüber stehen und ihr vorwerfen, im Widerstand gegen die erneute Besetzung des Westjordanlands versagt zu haben. Doch der Symbolfigur Arafat hat die Intifada neue Sympathie eingebracht. Damit werden seine Ablösung als Präsident und ein Ende des „Systems Arafat“ unwahrscheinlicher, denn gegen seine Kandidatur hätte keiner der jüngeren palästinensischen Politiker und Aktivisten eine Chance. Die Reformbemühungen innerhalb der Autonomiebehörde wurden im Keim erstickt, zumal die ursprünglich für den Jahresanfang 2003 geplanten Wahlen unter den Bedingungen von Ausgangssperren und Hausarresten sowie so nicht durchführbar waren und sind. Die Entscheidung, dem Präsidenten Arafat einen Premierminister als Chef der Autonomiebehörde an die Seite zu stellen, ist sicherlich positiv zu bewerten. Doch ob mit der Einrichtung dieses neuen Amtes die

Weichen für weitere Reformen gestellt wurden, hängt davon ab, welche Befugnisse der Amtsinhaber Mahmoud Abbas erhalten wird.

Das israelische Militär beschränkte sich bei seinen Aktionen keineswegs auf öffentliche Einrichtungen der Autonomiebehörde, sondern zerstörte ebenso private Wohnhäuser, Moscheen und Kirchen. So stieß der Angriff mit Kampfflugzeugen auf ein Wohnhaus in Gaza-Stadt, bei dem im Sommer 2002 neben dem anvisierten Hamas-Führer 14 palästinensische Zivilisten ums Leben kamen, auf vielstimmige Kritik aus dem In- und Ausland. Ebenso heftig kritisiert wurde der rapide Anstieg so genannter „gezielter Tötungen“ von mutmaßlichen

Dschenin oder Khan Junis. Wie die israelische Menschenrechtsorganisation B'Tselem berichtet, wurden seit Beginn der Al-Aqsa-Intifada im September 2000 bis zum 31. Januar dieses Jahres 1766 Palästinenser von israelischen Sicherheitskräften in den besetzten Gebieten getötet.¹

Die humanitäre Situation in den palästinensischen Gebieten

Komplettiert wird das Bild der israelischen Reaktion auf die Intifada durch eine Reihe nicht-militärischer Maßnahmen: So war der Transfer der Steuergelder, die der Staat Is-



Israelische Bulldozer zerstören palästinensische Häuser als Vergeltung für terroristische Anschläge. Auch der Amtssitz Yassir Arafats in Ramallah und eine Reihe öffentlicher Einrichtungen, wie der Flughafen in Gaza, fielen der Zerstörung zum Opfer. Bild: dpa

palästinensischen Terroristen. Ohne vorherige gerichtliche Verurteilung werden die potenziellen Attentäter oder ihre Hintermänner ausfindig gemacht und mit der Hilfe von Kampfhubschraubern oder -flugzeugen, Panzern, Autobomben und versteckten Sprengladungen getötet.

Die Bilanz der Militärpolitik Scharons ist damit noch nicht zu Ende: Darunter fällt auch die fünf Wochen dauernde Belagerung der Geburtskirche in Bethlehem, in der sich palästinensische Intifada-Kämpfer verschanzten; der Beginn des Baus eines Sicherheitszaunes entlang der Grenze zum Westjordanland; und die Razzien und Straßenkämpfe in den Flüchtlingslagern wie

rael in den palästinensischen Gebieten erhebt und die der Palästinensischen Autonomiebehörde zustehen, mehrere Monate auf Eis gelegt. Die israelische Regierung befürchtete, dass das Geld zur Unterstützung von Terroristen genutzt werden könnte. Erst die Zusicherung der USA, die Verwendung der Steuereinnahmen zu kontrollieren, führte schließlich zur Überweisung an die Autonomiebehörde. Palästinensische Politiker werden durch Reiseverbote vermehrt davon abgehalten, an internationalen Konferenzen teilzunehmen, wie beispielsweise im Januar auf Einladung des britischen Premierministers Tony Blair in London. Die völlige Abriegelung der Gebiete vom israel-

Oslo 1993

„Die Regierung des Staates Israel und die Vertreter der PLO, die das palästinensische Volk repräsentieren, stimmen überein, dass die Zeit gekommen ist, um die Jahrzehnte der Konfrontation und des Konflikts zu beenden, ihre legitimen und politischen Rechte gegenseitig anzuerkennen und danach zu streben, in friedlicher Koexistenz, gegenseitiger Würde und Sicherheit zu leben sowie einen gerechten, dauerhaften und umfassenden Friedensvertrag und eine historische Versöhnung durch den beschlossenen politischen Prozess zu erreichen. [...]“

Einleitung der Prinzipienerklärung von Oslo im September 1993

Herzliya 2002

„Auf Grund der Lehren, die wir aus vergangenen Verträgen gezogen haben, ist allen klar, dass niemand von Israel erwarten kann, politische Zugeständnisse zu machen, wenn nicht zuvor nachweisbar Ruhe einkehrt und Reformen in der palästinensischen Regierung durchgesetzt werden. [...] mit Arafat als Vorsitzendem der Palästinensischen Autonomiebehörde wird keinerlei Fortschritt möglich sein. Dieser Mann ist kein Partner für den Frieden und wird es niemals sein. Er will keinen Frieden.“

[...]

Ich habe es bereits gesagt, und ich sage es heute nochmals: Israel ist bereit, schmerzhaft Zugeständnisse für einen wahren Frieden zu machen. Jedoch wird die Regierung unter meiner Führung nicht dazu verleitet werden können, falsche Versprechungen zu glauben, die die Sicherheit des Staates Israel gefährden.“

Ariel Sharon in seiner Rede auf der Sicherheitskonferenz in Herzliya am 4. Dezember 2002.

lischen Kernland und Ausgangssperren in Städten und Dörfern in den besetzten Gebieten gehören immer häufiger zum Alltag – mit der Folge, dass noch mehr Palästinensern die Chance auf eine Erwerbstätigkeit genommen wird. Einige Kommunen befanden sich monatelang unter totaler Ausgangssperre. Seit Beginn der erneuten Besetzung des Westjordanlands ist die Arbeitslosenquote in den Palästinensergebieten auf über 50 Prozent angestiegen. 64 Prozent der

Konvention für den Schutz der Zivilbevölkerung gedrängt.³

Anstatt jedoch den Terror zu besiegen, bewirkt die Politik der Sharon-Regierung das Gegenteil: Der Zorn und die Gewaltbereitschaft der militanten, teils islamistischen palästinensischen Gruppen wie Hamas, Islamischer Dschihad oder Al Aqsa-Brigaden sind ungebrochen. Dem ägyptischen Präsidenten Mubarak ist es als Vermittler bei den Gesprächen in Kairo bislang nicht ge-

gierte im Wahlkampf die rigorose Trennung von den Palästinensern – wenn nötig als unilaterale Maßnahme von Seiten Israels. Das würde das Ende der Besetzung, den Abzug der israelischen Truppen und den Rückbau der jüdischen Siedlungen bedeuten. Mit diesem Konzept der Trennung entwarf Mitzna eine Alternative zur Regierungspolitik und initiierte zugleich einen Richtungswechsel in der Arbeitspartei, die als Regierungspartei bis zum Bruch der großen Koalition einen

Schmusekurs mit Likud gefahren war. Mitzna versprach, anstatt der kostspieligen Siedlungen in Gaza und Westjordanland drängende innenpolitische Projekte zu finanzieren. Die Besetzung kostet den israelischen Staat enorme Summen. Der Bau von jüdischen Siedlungen und Umgehungsstraßen in den palästinensischen Gebieten, die steuerlichen Vorteile für die Siedler, ihre günstigen Kredite und die Gewährleistung ihrer Sicherheit werden aus staatlichen Kassen finanziert.⁴ Die Regierung Scharons hat diese Siedlungspolitik in den vergangenen zwei Jahren weiter forciert. Derzeit wird die Zahl der Siedler auf rund 200 000 geschätzt, die in etwa 150 Siedlungen leben. Der Siedlungsbau schafft Tatsachen und zementiert den Zustand der Besetzung. Die israelische Regierung rechtfertigt ihr Vorgehen damit, dass der Ausbau der Siedlungen rechtmäßig sei, so lange noch kein Abkommen über den



Rettungskräfte bringen einen verletzten Mann zu einem Krankenwagen. Bei einem Doppel-Anschlag am 5. Januar 2003 in Tel Aviv waren 23 Menschen getötet und rund 100 verletzt worden. Zwei palästinensische Attentäter hatten sich innerhalb weniger Minuten in die Luft gesprengt. Zu der Tat bekannten sich die Extremistengruppen Hamas und Islamischer Dschihad.

Bild: dpa

Bevölkerung leben unterhalb der Armutsgrenze. Sie sind für ihre Versorgung mit Lebensmitteln und eine rudimentäre medizinische Betreuung auf internationale Hilfsorganisationen angewiesen. Doch diese Organisationen werden bei ihrer täglichen Arbeit in den besetzten Gebieten immer wieder durch das israelische Militär behindert. Die humanitäre Situation ist höchst dramatisch, wie aus einem alarmierenden Bericht der Vereinten Nationen hervorgeht.² Die Generalversammlung der Vereinten Nationen hat ebenso wie der Sicherheitsrat das Vorgehen Israels in den vergangenen zwei Jahren wiederholt scharf kritisiert und in ihren Resolutionen auf die Einhaltung der Menschenrechte und der Vierten Genfer

lungen, die palästinensischen Organisationen zu einem Waffenstillstand und einem Ende der Selbstmordattentate zu bewegen. Nach über zwei Jahren Intifada ist ein Ende der Gewalt noch längst nicht in Sicht.

Keine Chance für Amram Mitzna

Trotz der Eskalation der vergangenen Monate haben sich die Israelis in den Wahlen deutlich dafür ausgesprochen, dass Sharon mit seiner Politik weitermachen kann, wie bisher; und sie haben sich gegen die politischen Ideen Amram Mitznas entschieden. Der ehemalige Bürgermeister Haifas propa-

Endstatus getroffen wurde – eine spitzfindige Argumentation, die die eigentliche Absicht nicht nennt: die „Annexion durch die Hintertür“⁵.

Während also in den palästinensischen Gebieten weiter gebaut wird, hat die Sharon-Regierung die großen Herausforderungen im Innern vernachlässigt: Das desolate Gesundheitswesen, die miserable Wirtschaftslage und das spannungsgeladene Verhältnis zwischen den vielfältigen religiösen und ethnischen Gruppen. Die israelische Gesellschaft ist zerrissen wie kaum eine andere: Juden und Araber, Religiöse und Säkulare, Rechte und Linke, Juden mit europäischer und mit orientalischer Herkunft, Neu-Einwanderer und Alteingeses-

sene stehen sich zum Teil unversöhnlich gegenüber. Ein gravierendes Problem ist zudem die weit klaffende Lücke zwischen Arm und Reich: Im Vergleich mit den westlichen Industrienationen ist nur in den Vereinigten Staaten die soziale Ungleichheit in den Bereichen Einkommen, Kapital, Bildung und Konsum noch größer als in Israel.⁶ Die Bedrohung Israels seien nicht die Palästinenser, sondern die wirtschaftliche und soziale Situation, sagte Mitzna in einem Interview der israelischen Tageszeitung Jerusalem Post. „Um unsere Energien, Ressourcen und Ideen auf diese innenpolitischen Themen zu konzentrieren, müssen wir uns trennen von unseren Träumen, von den Palästinensern und von der Art, wie wir in den vergangenen zehn Jahren gedacht haben.“⁷ Doch wie das Wahlergebnis deutlich zeigt, konnte diese Position in der israelischen Bevölkerung keine Mehrheit finden.

Friedliebende Demokratien?

Warum also wählten die Israelis Scharon, den Falken, und nicht die Taube Mitzna? Diese Frage stellt sich umso mehr, wenn man sich vor Augen hält, dass Demokratien in der internationalen Politik als friedliebend gelten. Sie führen keine Kriege gegen ihresgleichen.⁸ Einige Wissenschaftler meinen sogar, eine generelle Friedfertigkeit von Demokratien entdecken zu können, unabhängig davon, mit welchem Gegner sie es zu tun haben. Begründet wird das Phänomen des demokratischen Friedens mit dem Unwillen der Bevölkerung gegen die Anwendung von Gewalt. Die Bürger wollen Opfer in den eigenen Reihen ebenso vermeiden wie die hohen Kosten, die ein militärischer Konflikt mit sich bringt. Darüber hinaus hegen sie moralische Bedenken gegen den Krieg und lehnen gewaltsame Auseinandersetzungen als Mittel der Politik ab. In Demokratien ist man daran gewöhnt, Konflikte im Innern gewaltlos auszutragen – und diese Art der zivilen Konfliktbearbeitung bevorzugen die Wähler auch im Außenverhalten ihrer Staaten. Weil die demokratischen Regierungen wissen, dass Kriege wegen der materiellen und moralischen Kosten nicht populär sind, versuchen sie diese zu vermeiden. Zudem sind die Regierungschefs in Demokratien vielen Kontrollen und Hemmnissen durch die politischen

Institutionen unterworfen, die sie daran hindern, schnell und reibungslos einen Krieg zu beginnen. Diese Mechanismen müssten eigentlich auch in Israel wirksam sein, einer seit Jahrzehnten soliden Demokratie mit freien Wahlen, Pressefreiheit und offenem Zugang zu politischen Ämtern.

Eine wichtige Ausnahme für den demokratischen Frieden ist der Fall der Selbstverteidigung. Wenn sie zum Ziel eines Angriffs werden, gilt es auch in Demokratien als legitim, sich mit Waffengewalt zur Wehr zu setzen. Auf diese Ausnahme hat sich Ariel Scharon ausdrücklich berufen und so das israelische Vorgehen gerechtfertigt.⁹ Doch viele der militärischen Operationen und Vergeltungsschläge der vergangenen zwei Jahre entsprechen nicht dem Prinzip der Verhältnismäßigkeit, wie es auch für die Selbstverteidigung gilt. Dass die Terroristen, die die israelische Gesellschaft mit grausamen Selbstmordattentaten und Anschlägen überziehen, bekämpft werden müssen, steht außer Frage. Aber mit der hohen Zahl von Opfern unter der palästinensischen Zivilbevölkerung, den außerrechtlichen gezielten Tötungen, der Zerstörung der Infrastruktur der Palästinensischen Autonomiebehörde und der massiven Behinderung der palästinensischen Wirtschaft durch Ausgangssperren und Abriegelung der Gebiete – mit diesen Aktionen hat Israel die Grenze der legitimen Selbstverteidigung überschritten. Das sehen auch die Vereinten Nationen so: Seit Oktober 2000 haben Generalversammlung und Sicherheitsrat wiederholt Resolutionen verabschiedet, die das Vorgehen Israels scharf kritisieren. Der kontinuierliche Fortgang des Siedlungsbaus in den palästinensischen Gebieten zeigt vielmehr an, dass es Israel nicht allein um Selbstverteidigung geht, sondern darum, den Zustand der Besatzung weiter zu festigen.¹⁰

Entgegen den Erwartungen der Theorie vom demokratischen Frieden haben sich die israelischen Wähler mit ihrem Votum für den Likud und seinen Führer Scharon für die Fortsetzung des harten, militärischen Kurses entschieden. Wie passt das zusammen mit den friedliebenden Bürgern einer Demokratie, die die Kosten der militärischen Gewalt fürchten und Opfer vermeiden wollen? Den Bürgern, die moralische Bedenken gegen den Krieg als Mittel der Politik hegen und sich in den Wahlen ent-

Aus der UN-Resolution 242 von 1967

Der Sicherheitsrat, [...]

1. Bekräftigt, dass die Erfüllung der Prinzipien der Charta die Errichtung eines gerechten und dauerhaften Friedens im Mittleren Osten erfordert, der die Anwendung der beiden folgenden Prinzipien einschließen sollte:
 - (i) den Rückzug der israelischen Streitkräfte aus den Territorien, die im jüngsten Konflikt besetzt wurden;
 - (ii) die Beendigung aller geforderten oder bestehenden kriegerischen Auseinandersetzungen sowie den Respekt für die und die Anerkennung der Souveränität, territorialen Integrität und politischen Unabhängigkeit jedes Staates in der Region und seines Rechts, in Frieden zu leben innerhalb sicherer und anerkannter Grenzen, frei von Bedrohungen oder Gewalthandlungen.
 2. Bekräftigt weiterhin die Notwendigkeit,
 - (a) die Freiheit der Schifffahrt in den internationalen Wasserwegen in der Region zu garantieren,
 - (b) ein gerechte Lösung des Flüchtlingsproblems zu erzielen,
 - (c) die territoriale Unverletzlichkeit und politische Unabhängigkeit jedes Staates in der Region durch Maßnahmen zu garantieren, die die Errichtung entmilitarisierter Zonen einschließen;
- [...]

*Auszug aus der Resolution 242
des Sicherheitsrats
vom 22. November 1967*

sprechend verhalten? Wo bleiben die institutionellen Einschränkungen der Demokratie, die „checks and balances“, die einen Regierungschef wie Sharon in seiner Handlungsfreiheit bei Entscheidungen über Krieg und Frieden beschneiden?

Unter dem Eindruck des Terrors

Der Rechtsruck in Israel steht in einem engen Zusammenhang mit den Ereignissen der zweiten Intifada seit September 2000. Das Jaffee Center for Strategic Studies (JCSS), das jährlich in einer repräsentativen Umfrage die öffentliche Meinung in Israel zur nationalen Sicherheit erhebt, beobachtet eine Tendenz zu vermehrt rechtswidrigen Einstellungen in der israelischen Bevölkerung.¹¹ Die Ursache liegt auf der Hand, und sie wird von der Statistik in bedrückender Weise bestätigt: 92 Prozent der Befragten gaben im Februar 2002 an, sie hätten Angst, dass sie selbst oder Mitglieder ihrer Familie die Opfer eines terroristischen Anschlags palästinensischer Extremisten werden könnten. 1999 äußerten „nur“ 58 Prozent diese Befürchtung. Die allgegenwärtige terroristische Gewalt lässt auch überzeugte Tauben allmählich am Sinn von Kompromissbereitschaft und Verhandlungen zweifeln.

Die gesamte Gesellschaft befindet sich in einem Zustand permanenter Alarmbereitschaft. Ein dichtes Netz von Rettungsdiensten überzieht das Land, dessen Territorium etwa der Größe des Bundeslandes Hessen entspricht. Die Notaufnahmen der Krankenhäuser sind vorbereitet auf die schnelle Behandlung großer Zahlen von Opfern. Hilfsorganisationen wurden eigens ins Leben gerufen, um Terroropfer und Angehörige psychologisch zu betreuen. Bei einer Bevölkerung von nur sechs Millionen Menschen, davon etwa 4,8 Millionen jüdischer Herkunft, gewinnt der Terror für viele Israelis eine persönliche Dimension. Keine andere Demokratie hat sich mit einer ähnlich massiven, alltäglichen Bedrohung durch terroristische Anschläge auseinander zu setzen. Die Berichterstattung in den Medien trägt dazu bei, die real bestehende Bedrohung in der Wahrnehmung der Öffentlichkeit noch drastischer erscheinen zu lassen. Fast täglich bringen die israelischen

Zeitungen und Fernsehstationen die Namen, Fotografien und Geschichten von Menschen, die Selbstmordattentaten und Anschlägen zum Opfer fielen.

Während Journalisten in den besetzten Gebieten häufig bei ihrer Arbeit behindert werden – man denke nur an die vorübergehende Abriegelung des Flüchtlingslagers Dschenin für Reporter während der „Operation Schutzschild“ im Frühjahr 2002 – werden die Terroranschläge im israelischen Kernland detailliert und unter großem Aufwand von den Medien geschildert. In manchen Sendern gibt es sogar die Praxis der sofortigen Live-Schaltung zum Ort des Attentats: Mit der Handkamera aufgenommene Bilder werden ohne Schnitt und Kommentar direkt übertragen.

Die militärische Vergeltung – der einzige Ausweg?

Die israelische Gesellschaft lebt im Schatten des Terrors. Diese Bedrohung ist real und darf nicht verharmlost werden. Doch kann man auf die Bedrohung in unterschiedlicher Weise reagieren. Die Politik, die Sharon in seiner ersten Amtszeit verfolgt hat und die er aller Wahrscheinlichkeit nach auch in Zukunft forcieren wird – nämlich die militärische Vergeltung – ist nur eine denkbare Option. Doch offensichtlich ist es den Falken gelungen, ihre Strategie der harten Hand als die einzig mögliche und vernünftige zu präsentieren. Im Zustand der alltäglichen Bedrohung, in Einkaufszentren, Bussen, Universitätsmensen oder Pizzerien geben selbst viele Anhänger des Friedenslagers ihre moralischen Bedenken gegen die militärische Lösung auf und unterstützen den eingeschlagenen Weg der Regierung Sharon. Die Argumente, die aus dem Lager der Falken für ihren Kurs geliefert werden, treffen auf Resonanz in der Bevölkerung. So wird Arafat zunehmend beschuldigt, den Terror nicht nur geduldet, sondern ihn selbst geplant und angeordnet zu haben. Ein langes Dossier des israelischen Außenministeriums gibt die Richtung vor, indem es versucht, die Verstrickung Arafats in das Netzwerk des Terrors nachzuweisen. Auf diese Weise wird die Wut der Bevölkerung mit Hilfe der Medien auf den mutmaßlichen Drahtzieher Arafat gelenkt, ob-

wohl ein Report des amerikanischen Außenministeriums zum Terrorismus in den besetzten Gebieten zu ganz anderen Ergebnissen kommt.¹² Darin wird vor allem das Ende der Sicherheitskooperation zwischen Israel und der Autonomiebehörde für die mangelnde Eindämmung der Terroranschläge verantwortlich gemacht. Vor Ausbruch der Intifada habe die Palästinensische Autonomiebehörde hingegen einige Erfolge beim Kampf gegen den Terrorismus verzeichnen können.

Als besonders tragisch empfinden viele Israelis, dass die weitgehenden Zugeständnisse Ehud Baraks bei den Friedensverhandlungen in Camp David im Sommer 2000 und in den nachfolgenden Gesprächen in Taba nicht mit Entgegenkommen, sondern mit einer heftigen Welle der Gewalt beantwortet wurden. Avi Primor, der ehemalige israelische Botschafter in Deutschland, beschreibt die Stimmung in der israelischen Bevölkerung angesichts der Terrorwellen: Weil viele der terroristischen Anschläge im israelischen Kernland und nicht in den besetzten Gebieten verübt werden, würden die Israelis eine einfache Schlussfolgerung aus dieser „bizarren Reaktion der Palästinenser“ ziehen. „Die Schlussfolgerung lautet: Die Palästinenser streben nicht das Ende der Besetzung an, nicht einen Palästinenserstaat in den Gebieten, in denen sie leben, sondern wie in alten Zeiten die Vernichtung des Staates Israel. Und wenn das so ist, sagen die Israelis, bleibt uns nur eines übrig, und das ist, uns zu verteidigen.“¹³

Für einen palästinensischen Staat, gegen Verhandlungen

Die Umfragen von JCSS spiegeln diese Haltung wider. 1997 äußerte über die Hälfte der Befragten ihre volle Unterstützung für das Konzept „Land für Frieden“. 2002 waren es nur noch 37 Prozent. 27 Prozent befürworteten im Februar 2002 ein Ende des Friedensprozesses, auch wenn dies Krieg bedeuten würde, gegenüber 13 Prozent im Jahr 1997. 45 Prozent der Befragten gab 2002 an, dass der arabisch-israelische Konflikt auf militärischem Weg gelöst werden könne. Dementsprechend sind die Erwartungen an die Friedensverträge mit den Palästinensern und den arabischen Staaten drastisch zu-

rückgegangen: Hatten noch 1999 67 Prozent der Befragten ihre Hoffnung geäußert, dass die Unterzeichnung solcher Verträge den Konflikt beenden könnte, waren es 2002 nur noch 26 Prozent.

Sehr widersprüchlich erscheint da auf den ersten Blick, dass die generelle Zustimmung zu einem palästinensischen Staat laut der Untersuchung von JCSS noch immer relativ hoch ist. 57 Prozent der Befragten im Jahr 2001 und immerhin noch 49 Prozent im vergangenen Jahr befürworteten die Etablierung eines palästinensischen Staates im Westjordanland und Gaza-Streifen. Trotz des leichten Rückgangs liegen die Werte noch weit über den Ergebnissen zu Zeiten der ersten Intifada: 21 Prozent 1987 und 35 Prozent 1993. Zu einem palästinensischen Staat gibt es auf lange Sicht keine Alternative – diese Erkenntnis scheint seit Oslo trotz aller Rückschläge tiefe Wurzeln in der israelischen Gesellschaft geschlagen zu haben. Selbst Ariel Scharon, lange Zeit erklärter Gegner einer Zwei-Staaten-Lösung, erklärte dieses langfristige Ziel während des Wahlkampfes zur Grundlage der Politik einer neuen Regierung unter seiner Führung. Obwohl sich hinter diesen populistischen Äußerungen eine sehr eingeschränkte Vorstellung davon verbirgt, wie solch ein Staat aussehen und welche Funktionen er erfüllen könnte, erntete er dafür heftige Kritik aus dem rechts-nationalen Lager. Noch vor zehn Jahren wäre es für einen Führer des rechtsgerichteten Likud undenkbar gewesen, das Wort vom palästinensischen Staat überhaupt nur in den Mund zu nehmen.

Im Fahrwasser des „Krieges gegen den Terrorismus“

Rückenwind erhält die israelische Reaktion auf die Intifada durch den US-amerikanischen „Krieg gegen den Terrorismus“. Scharon und seine Unterstützer sehen sich selbst im Fahrwasser der Anstrengungen der Bush-Regierung, den internationalen Terrorismus zu bekämpfen. Und wie die USA beansprucht auch Israel für diese Aufgabe das Recht, wenn nötig militärische Gewalt gegen staatliche oder quasi-staatliche Akteure einzusetzen, die der Kollaboration mit den Terroristen verdächtigt werden. Im Fal-

le der USA sind dies Afghanistan und Irak; bei Israel handelt es sich um Arafats Autonomiebehörde.

Das internationale, von den Vereinigten Staaten geprägte Klima seit dem 11. September 2001 spielt der Scharon-Regierung in die Hände und liefert eine weitere Legitimation für die militärische Option. Die Bush-Regierung hat zudem von Beginn an keine Ambitionen gezeigt, auf die Situation im israelisch-palästinensischen Konflikt einzuwirken. Die mit Spannung erwartete Nahost-Rede des Präsidenten im Juni des vergangenen Jahres enttäuschte viele Beobachter, weil sie in Bezug auf die notwendigen politischen Schritte sehr vage und allgemein blieb. Priorität hat für die Vereinigten Staaten der Krieg gegen das irakische Regime. So entsteht ein politisches Vakuum, das Scharon für sich zu nutzen weiß. Die Verhältnismäßigkeit der Mittel bleibt dabei auf der Strecke. Zwischen Terrororganisationen und staatlichen Behörden wird nicht mehr differenziert und erhebliche Unterschiede in den Einstellungen der palästinensischen Gruppierungen werden ausgeblendet. Die Fronten zwischen den beiden Seiten verhärten sich und die schwarz-weiß gezeichneten Feindbilder lassen kaum noch Raum für Differenzierungen – weder auf israelischer, noch auf palästinensischer Seite.

Die Interessen der Bürger in einer Demokratie, Opfer und hohe Kriegskosten möglichst zu vermeiden, treten angesichts der Extremsituation der terroristischen Bedrohung in den Hintergrund. Mehr noch, sie werden umgekehrt: Das militärische Vorgehen gegen die Palästinenser scheint gerade deswegen unausweichlich zu sein, weil weitere Terroropfer vermieden werden sollen. Vom Beginn der Al Aqsa-Intifada bis zum Januar 2003 sind mehr als 460 israelische Zivilisten im israelischen Kernland und in den besetzten Gebieten von palästinensischen Attentätern umgebracht worden. 83 von ihnen waren unter 18 Jahren alt, darunter acht Kleinkinder.¹⁴ Dass das militärische Vorgehen die ausufernde terroristische Gewalt bislang jedoch nicht eindämmen konnte, sondern sie nur noch stärker anfacht, wird kaum zur Kenntnis genommen. Zu dominant ist der Eindruck, dass in dieser Situation nur noch ein massives, gewaltsames Eingreifen des israelischen Militärs eine Lösung herbeiführen

Weiterführende Literatur

Beck, Martin: Friedensprozess im Nahen Osten. Rationalität, Kooperation und politische Rente im Vorderen Orient, Wiesbaden 2002.

Hazan, Reuven Y. & Moshe Maor (Hg.): Parties, Elections, and Cleavages: Israel in Comparative and Theoretical Perspective, London 2000.

Hofnung, Menachem: Democracy, Law, and National Security in Israel, Dartmouth 1996.

Klein, Uta & Dietrich Thränhardt (Hg.): Gewaltspirale ohne Ende? Konfliktstrukturen und Friedenschancen im Nahen Osten, Schwalbach 2002.

Sofer, Sasson (Hg.): Peacemaking in a Divided Society. Israel After Rabin, London 2001.



Für beide Seiten ist der Ausnahmezustand zum Dauerzustand geworden: Ein israelischer Soldat kontrolliert ein palästinensisches Hochzeitspaar, das beim Grenzübergang Kalandia von der West Bank nach Israel einreisen will, um in Jerusalem zu heiraten. Ausschlaggebend für die Hochzeitsfeier im arabischen Viertel Jerusalems war die Ausgangssperre in Ramallah. Bild: dpa

kann. Der Schrecken des Terrors setzt rationale wie moralische Überlegungen außer Kraft, die normalerweise in Demokratien das Eintreten in den Krieg verhindern können.

Permanenter Ausnahmezustand

Bleibt also die Frage nach der Wirksamkeit institutioneller Einschränkungen für die Exekutive, wie sie in einer Demokratie üblich sind. Nach einer Variante der Theorien des demokratischen Friedens kann ein Regierungschef in einem demokratisch verfassten Staat nicht völlig autonom entscheiden und handeln. Vielmehr ist er – je nach Typ des politischen Systems – rückgebunden an das Parlament oder er muss sich in föderale Strukturen einfügen und auf Interessengruppen Rücksicht nehmen. In einer Demokratie müssen viele Stimmen gehört und Institutionen konsultiert werden, bevor es zu einer Entscheidung kommt: Die demokratischen Mühlen mahlen langsam.

Im Falle Israels sind viele dieser institutionellen Beschränkungen in Bezug auf die besetzten Gebiete jedoch seit langem außer

Kraft gesetzt: Bereits 1948 wurde im Zusammenhang mit dem Unabhängigkeitskrieg gegen die arabischen Nachbarn der Ausnahmezustand im gerade erst entstandenen Staat Israel ausgerufen. Die damalige Regierung übernahm zu diesem Zweck die Notstandsregelungen, die bereits 1945 von der britischen Mandatsregierung in Palästina eingesetzt worden waren. Diese Entscheidung ist nie wieder rückgängig gemacht worden.¹⁵ Der seit rund 55 Jahren geltende Ausnahmezustand gibt der Regierung und den militärischen Befehlshabern für ihr Vorgehen in den besetzten Gebieten weitgehende Befugnisse an die Hand, die nur einer sehr eingeschränkten Kontrolle unterliegen. Die ursprünglich von den Briten erlassenen Regelungen wurden zu-

dem durch eine Vielzahl von Gesetzen ergänzt, die zum Teil unter Umgehung des Parlaments entstanden. Sie organisieren die militärische und zivile Verwaltung der besetzten Gebiete.¹⁶ Der Ausnahmezustand ist zu einem permanenten Charakteristikum israelischer Politik geworden. Er ermöglicht der Regierung ein relativ schnelles und reibungsloses Handeln, ohne sich mit der bremsenden Wirkung demokratischer Kontrollinstitutionen befassen zu müssen.

Die Macht der kleinen Parteien

Während einer Regierung für das konkrete, militärische Vorgehen in den besetzten Gebieten von institutioneller Seite also kaum Steine in den Weg gelegt sind, hat sie auf politischer Ebene mit Einschränkungen ihrer Handlungsfreiheit zu kämpfen, wenn es um das Vorankommen im Friedensprozess geht. Diese Einschränkungen liegen im israelischen Wahl- und Regierungssystem begründet. Das Wahlsystem wurde ohne Änderungen aus der Zeit des Jischuw übernommen, der jüdischen Gemeinschaft im britischen Mandatsgebiet Palästina vor

der Staatsgründung 1948. Für Änderungen blieb angesichts des Unabhängigkeitskrieges zunächst auch gar keine Zeit. Zudem verfolgte dieses Wahlsystem eine bestimmte Intention: Die Verhältniswahl sollte gewährleisten, dass alle gesellschaftlichen, religiösen und ethnischen Gruppierungen die gleiche Chance haben, ihre Interessen auf politischer Ebene zu vertreten. Eine äußerst niedrige Sperrklausel von zunächst nur einem Prozent (inzwischen 1,5 Prozent) ermöglichte auch kleinen und Kleinst-Parteien den Einzug in die Knesset.

In den ersten drei Jahrzehnten des jungen Staates gelang es der Arbeitspartei als maßgeblicher politischer Kraft, große Mehrheiten zu erzielen und regelmäßig die Regierung zu stellen. In den 70er Jahren setzte jedoch ein neuer Trend ein: Der Likud errang erstmals mehr Stimmen als die Arbeitspartei. Zugleich konnten jedoch beide Parteien keine absolute Mehrheit mehr erreichen, während sich die Anzahl der Splitterparteien an den Rändern des politischen Spektrums von Wahl zu Wahl erhöhte. Die Folge: Die großen Parteien waren zunehmend auf die kleinen, größtenteils religiösen oder rechts-nationalen Parteien angewiesen, um mehrheitsfähige Koalitionen bilden zu können. Diese kleinen Parteien spielen seitdem häufig das „Zünglein an der Waage“ bei heiklen Entscheidungen. Das Wissen, von den großen Parteien für die Regierungsmehrheit gebraucht zu werden, gibt ihnen die Möglichkeit, gemessen an ihrer Anzahl von Sitzen unverhältnismäßig hohe Forderungen zu stellen, Entscheidungen zu blockieren und gegebenenfalls die Regierung zu kippen. Die ursprünglich positive Zielsetzung, die komplexe Gesellschaft Israels mittels der Verhältniswahl und der kleinen Sperrklausel möglichst genau im Parlament abzubilden, bewirkt auf diese Weise unbeabsichtigte, negative Effekte für die Handlungsfähigkeit der Regierung. Seitdem keine der großen Parteien mehr eindeutige Mehrheiten auf sich vereinigen kann, ist der Prozess der politischen Willensbildung zu einem schwierigen, langwierigen und mitunter erfolglosen Unterfangen geworden.

In den 80er Jahren wurde die zunehmende Instabilität des politischen Systems immer offensichtlicher: Monatelange Koalitionsverhandlungen, Regierungskrisen und Blockadepolitik lähmten das Land und lie-

ßen Forderungen nach einer grundlegenden Reform laut werden. Doch was dann 1992 schließlich beschlossen wurde, kann nur als sehr halbherziger Reformversuch gewertet werden. Anstatt des rein parlamentarischen Systems, in dem der Premierminister von der Knesset gewählt wurde, wollte man es nun mit der Direktwahl des Regierungschefs versuchen. Dieser sollte jedoch weiterhin vom Vertrauen des Parlaments abhängig sein. Benjamin Netanyahu wurde 1996 der erste direkt gewählte Premierminister Israels, ihm folgten Ehud Barak und Ariel Scharon.

Die Hoffnung der Reformer, lähmende Einflüsse der kleinen, extremistischen Parteien zurückzudrängen, erfüllte sich allerdings nicht. Im Gegenteil: Statt die großen Parteien lediglich in den Koalitionsverhandlungen nach der Wahl zu erpressen, geschahen solche „Deals“ nun schon vor den Wahlen: Die Kandidaten für das Amt des Premierministers warben um die Zustimmung der Splitterparteien für ihre Direktwahl, indem sie ihnen die Regierungsbeteiligung und politische Zugeständnisse für die Zeit nach den Wahlen versprochen. Eine der ersten Maßnahmen der ersten Scharon-Regierung bestand darin, die Direktwahl des Regierungschefs wieder abzuschaffen. Damit ist nun alles wieder beim Alten.

Die wirklich wichtigen Reformen, wie beispielsweise die dringend nötige Heraufsetzung der 1,5-Prozent-Klausel, konnten nicht verwirklicht werden. Denn die, die darüber abzustimmen haben, müssten dann zu einem großen Teil selbst um ihre Sitze in der Knesset bangen. Sie würden quasi für ihr eigenes Verschwinden aus dem Parlament stimmen. Die kleinen, teils rechts-nationalen und religiösen Parteien werden also weiterhin eine entscheidende Rolle in der israelischen Politik spielen. Besonders dramatisch wirkt sich diese Lähmung angesichts der notwendigen mutigen Entscheidungen im Friedensprozess aus: Nicht zuletzt der fehlende Rückhalt in seiner eigenen Koalition hinderte beispielsweise Ehud Barak daran, seine ehrgeizigen Ziele bei den Verhandlungen mit Arafat umzusetzen.

Der Einfluss der kleinen Parteien zeigt sich auch gegenwärtig an der neuen Regierungskoalition. Aus Sicht von Nationaler Union und National-Religiöser Partei erscheint sogar der politische Kurs von Ariel Scharon als zu nachgiebig. Ginge es nach

ihnen, müssten Arafat deportiert, die Autonomiebehörde zerstört und die Palästinenser zum Verlassen des Landes aufgefordert werden. Sie lehnen jede Zwei-Staaten-Lösung ab, selbst in der äußerst eingeschränkten Variante des Premierministers. Sollten die USA in naher Zukunft ihr Augenmerk erneut auf den israelisch-palästinensischen Konflikt richten und die Wiederaufnahme der Verhandlungen sowie die Umsetzung der Zwei-Staaten-Lösung nach einem festen Zeitplan fordern, steht Scharon vor einem Dilemma. Denn weder National-Religiöse Partei, noch Nationale Union werden diese Politik mittragen. Der Bruch der Koalition wäre die Folge.

Alternative Strategien und notwendige Reformen

Das Wahlsystem ist trotz aller Widerstände dringend reformbedürftig, weil es den Friedensgegnern in den kleinen und Kleinst-Parteien einen unverhältnismäßig hohen Einfluss auf die Regierungspolitik gewährt. Ursprünglich dazu gedacht, eine möglichst genaue Abbildung der ethnisch, religiös und sozial heterogenen israelischen Bevölkerung in der Knesset zu erreichen, bewirkt dieses Wahlsystem heute einen gegenteiligen Effekt: Parteien wie Nationale Union und National-Religiöse Partei, obgleich sie nur über wenige Sitze verfügen, erhalten über die Regierungsbeteiligung fast eine Art Veto-position und werden damit zu Bremsklötzen im Friedensprozess. Schon einfache Veränderungen wie die Heraufsetzung der 1,5 Prozent-Klausel könnten die Zahl der kleinen Splitterparteien erheblich verringern und den Prozess der Koalitionsbildung vereinfachen. Auf diese Weise wird den Regierungen mehr Handlungsspielraum gegeben und der Rücken gestärkt für den schwierigen Weg neuer Friedensverhandlungen.

Ebenfalls weit oben auf der Prioritätenliste sollte stehen, Reformen im demokratischen System Israels auf den Weg zu bringen. Reformen werden ja zumeist mit Blick auf die Palästinensische Autonomiebehörde angemaht – und dort sind sie auch dringend notwendig, um das von Korruption und Patronagedurchdrungene System Arafats auf eine gesunde demokratische Basis zu stellen. Die Ernennung eines Premierministers ist

Anmerkungen

¹ B'Tselem, Israeli Information Center for Human Rights in the Occupied Territories, Internetsite: www.btselem.org

² Quelle: UN-Report: The Impact of Closure and Other Mobility Restrictions on Palestinian Productive Activities, www.un.org/news/dh/mideast/econ-report-final.pdf

³ Beispielsweise die Resolution des Sicherheitsrats Nr. 1435 vom 24. September 2002. Israel ist der Staat, der am häufigsten UN-Resolutionen ignoriert. Vgl. „Study: Israel leads in ignoring Security Council resolutions“, in: Ha'aretz Internet-Ausgabe, 10.10.2002, www.haaretz-daily.com

⁴ Vgl. „The social cost of the occupation“, Ha'aretz, Internet-Ausgabe, 6.12.2002, www.haaretz-daily.com

⁵ Berthold Meyer: Frieden hinter Mauern und Stacheldraht? in: Friedensbericht der ÖSFK, 2003.

⁶ „Israel No. 2 in West in social inequality“, in Ha'aretz, Internet-Ausgabe, 3.12.2002, www.haaretz-daily.com

⁷ „A leader in retreat?“ in Jerusalem Post, Internet-Ausgabe, 10.1.2003, www.jpost.com

⁸ Vgl. Bruce Russett & John Oneal: Triangulating Peace. Democracy, Interdependence, and International Organizations, New York 2001.

⁹ Nahost: Verhängnisvolle Vergeltung, in: Spiegel, Internet-Ausgabe, 6.8.2001, www.spiegel.de

¹⁰ Vgl. Martin Beck: Rationalismus, Ethik und Krieg: Zur Moral und Logik der israelischen „Operation Schutzschild“ im Frühjahr 2002, in: Österreichische Zeitschrift für Politikwissenschaft, 2002/4, S. 451-468.

¹¹ Für die aktuelle Befragung aus dem Jahr 2002 siehe: Asher Arian: Israeli Public Opinion on National Security 2002, in: Jaffee Center for Strategic Studies, Memorandum Nr. 61, Juli 2002.

¹² USA Department of State: Patterns of Global Terrorism 2001, Washington D.C. 2002; www.state.gov

¹³ Vgl. Avi Primor: Keine Lösung durch Gewalt, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, B 35-36 2002, S. 9-15; S. 11.

¹⁴ Vgl. B'Tselem, a.a.O. (Anm. 1).

¹⁵ Vgl. Menachem Hofnung: Democracy, Law, and National Security in Israel, Dartmouth 1996.

¹⁶ Vgl. ebd.

ein Schritt in die richtige Richtung. Um die institutionellen, demokratischen Hemmschwellen gegen die Eskalation militärischer Gewalt wirksam werden zu lassen, muss sich jedoch auch die israelische Demokratie einer Reihe von Reformen unterziehen. Dazu zählt, die Exekutive und das Militär bei ihren Aktionen in den palästinensischen Gebieten einer strengeren Kontrolle durch das Parlament zu unterstellen und sie an internationales Recht zu binden. Der Ausnahmezustand, der der Exekutive weitgehende Befugnisse unter Umgehung der Knesset an die Hand gibt, muss parallel zu den Verhandlungen mit den Palästinensern schrittweise eingeschränkt werden, damit eine demokratische Kontrolle der militärischen und zivilen Praxis in den besetzten Gebieten möglich wird.

Unter dem Eindruck des massiven Terrors palästinensischer Extremisten zerbröckelt das israelische Friedenslager, während der von Ariel Scharon gefahrene harte Kurs verstärkt auf Zustimmung in der israelischen Bevölkerung trifft. Der Regierung Scharons ist es in dieser Situation der alltäglichen Bedrohung durch terroristische Gewalt gelungen, ihre Politik der Vergeltung als einzig mögliche und vernünftige zu präsentieren – mit dem Ergebnis, dass die generelle Abneigung, die Bürger in Demokratien gegen den Einsatz militärischer Gewalt hegen, in Israel zumindest kurzfristig in eine breite Zustimmung umgeschlagen ist.

Sollten die USA und die anderen Mitglieder des Nahost-Quartetts – Vereinte Nationen, Europäische Union und Russland – eine neue diplomatische Initiative starten, dann muss ganz oben auf ihrer Prioritätenliste die schlüssige Präsentation alternativer

Konfliktlösungen stehen – und zwar mit diplomatischem Druck, einem konkreten Zeitplan und finanziellen Hilfen zur Umsetzung versehen. Ein „Friedensplan“ á la Scharon und seiner rechtsnationalen Regierung ist nicht die einzige Option in der gegenwärtigen Lage – und er darf nicht die Grundlage für die „road map“ des Nahost-Quartetts sein. Vielmehr müssen die Ideen und Visionen der moderaten, kompromissbereiten Parteien und Gruppen aufgenommen und unterstützt werden – mit dem Ziel, die immer noch bestehende langfristige Friedenswilligkeit der Bevölkerung erneut umzumünzen in die Bereitschaft, auch konkrete Schritte der Annäherung in der Gegenwart mitzutragen. Das Nahost-Quartett kann den streitenden Parteien sicher keinen Friedensplan von außen aufzwingen – aber es kann diejenigen Kräfte in Israel und in der Palästinensischen Autonomiebehörde mit Nachdruck fördern, die konkrete Vorschläge für die Wiederaufnahme des Friedensprozesses auf den Tisch gelegt haben.

Wenn dieser Weg eingeschlagen wird, kann das vorausgehende, vollständige Ende des

Terrors jedoch nicht zur Bedingung gemacht werden. Um aus der Gewaltspirale auszubrechen, braucht es einen mutigen Schritt vorwärts trotz der terroristischen Gewalt – und einen langen Atem bei allen Beteiligten. Denn die Erfahrung der vergangenen Jahre zeigt, dass der Terror nicht sofort endet, wenn die politisch Verantwortlichen in Verhandlungen aufeinander zugehen – das Gegenteil ist der Fall. Erst das Ende der Besetzung und die Errichtung eines palästinensischen Staates wird den Terrorgruppen auf Dauer die Grundlage entziehen können.



Claudia Baumgart M.A. (Jahrgang 1974) promoviert als Stipendiatin der Deutschen Stiftung Friedensforschung an der HSFK über gewaltsame Konflikte der Demokratien Israel und Indien.

HSFK-Standpunkte

erscheinen mindestens sechsmal im Jahr mit aktuellen Thesen zur Friedens- und Sicherheitspolitik. Sie setzen den Informationsdienst der Hessischen Stiftung Friedens- und Konfliktforschung fort, der früher unter dem Titel „Friedensforschung aktuell“ herausgegeben wurde.

Die HSFK, 1970 vom Land Hessen gegründet, arbeitet mit rund 30 wissenschaftlichen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern in drei Forschungsgruppen vor allem zu den Themen: Rüstungskontrolle und Abrüstung, Internationale Organisation, Entwicklung und Demokratie sowie in dem Bereich Friedenspädagogik/Konfliktpsychologie. Die Arbeit der HSFK ist darauf gerichtet, die Ursachen gewaltsamer internationaler und innerer Konflikte zu erkennen, die Bedingungen des Friedens als Prozess abnehmender Gewalt und zunehmender Gerechtigkeit zu erforschen sowie den Friedensgedanken zu verbreiten. In ihren Publikationen werden Forschungsergebnisse praxisorientiert in Handlungsoptionen umgesetzt, die Eingang in die öffentliche Debatte finden.

Neben den *HSFK-Standpunkten* gibt das Institut mit den „HSFK-Reports“ und „PRIF Reports“ wissenschaftliche Analysen aktueller Probleme und politische Empfehlungen in Deutsch und Englisch heraus. Die „Studien der Hessischen Stiftung Friedens- und Kon-

fliktforschung“ stellen darüber hinaus grundlegende Forschungsergebnisse des Instituts dar. Mit dem „Friedensgutachten“ legen die HSFK und andere Friedensforschungsinstitute (IFSH, FEST, INEF und BICC) ein gemeinsames Jahrbuch vor, das die laufenden Entwicklungen in Sicherheitspolitik und internationalen Beziehungen analysiert, kritisch kommentiert und Empfehlungen für Politik und Öffentlichkeit gibt.

V.i.S.d.P.: Marlar Kin, Publikationen und Vorstandsangelegenheiten der HSFK, Leimenrode 29, 60322 Frankfurt am Main, Telefon (069) 95 91 04-0, Fax (069) 55 84 81 E-Mail: info@hsfk.de, Internet: www.hsfk.de

Für den Inhalt der Beiträge sind die Autorinnen und Autoren verantwortlich. Ein Nachdruck ist bei Angabe der Quelle und Zusendung von Belegexemplaren gestattet. Der Bezug der *HSFK-Standpunkte* ist kostenlos, Unkostenbeiträge und Spenden sind jedoch willkommen.

Bankverbindung: Frankfurter Sparkasse, BLZ 500 502 01, Konto 200 123 459

Design: David Hollstein, www.hollstein-design.de · Layout: HSFK · Druck: CARO Druck ISSN 0945-9332

Hessische Stiftung Friedens- und Konfliktforschung
Leimenrode 29, 60322 Frankfurt am Main
Postvertriebsstück D 43853, Entgelt bezahlt, ISSN-0945-9332